

**An den Presse-Verteiler**Fraktionsvorsitzender:  
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:  
Tonia Trappe

Fon: 0531 – 470 21 11

Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: [spd.fraktion@braunschweig.de](mailto:spd.fraktion@braunschweig.de)**PRESSEMITTEILUNG (07/2023)**

Erscheinungsdatum: 02.03.2023

**Für mehr Beteiligung von Jugendlichen – Braunschweig soll Jugendparlament erhalten****Annette Schütze: „Ein Jugendparlament ist eine großartige Chance für die Jugendlichen in Braunschweig, ihre Stadt mitzugestalten“**

Braunschweig. In Braunschweig sollen ein Jugendparlament und ein Jugendbüro eingerichtet werden, so haben es die Ratsfraktionen von SPD, Grünen, BIBS und Die FRAKTION.BS gemeinsam beantragt. Der Antrag, der die Erarbeitung einer Beschlussvorlage durch die Verwaltung vorsieht, wurde auf der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorberaten und mit zehn Ja-Stimmen und vier Enthaltungen beschlossen. Abschließend über den Antrag entscheiden wird der Rat der Stadt auf seiner Sitzung am 21. März 2023. „Die Jugendlichen haben sich ausdrücklich gewünscht, bei Entscheidungen in unserer Stadt stärker mitentscheiden zu dürfen. Dies haben sie in den drei Workshops zur Kinder- und Jugendbeteiligung klargemacht. Wir kommen diesem Wunsch jetzt nach“, sagt Annette Schütze, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Ein Jugendparlament sei dabei das richtige Mittel der Wahl, da die Jugendlichen dort demokratische Vorgänge erlernen und sich in Sitzungen und Abstimmungen eine fundierte Meinung zu aktuellen Themen bilden könnten. „Das Jugendparlament und das angeschlossene Kinder- und Jugendbüro benötigen daher ein eigenes Budget, um beispielsweise Wahlen, Beteiligungsaktionen und Veranstaltungen durchzuführen“, erklärt Schütze. „Das Jugendbüro, das die Arbeit des Jugendparlamentes begleiten und organisieren soll, soll deshalb ein Jahresbudget von 50.000 Euro erhalten, während die Jugendlichen sich für das Jugendparlament 25.000 Euro zur freien Projektplanung wünschen.“ Andere Städte haben bereits ähnliche Gremien eingerichtet: In Göttingen, Wolfenbüttel und Salzgitter gibt es ebenfalls Jugendparlamente, während Münster einen Jugendrat und Wolfsburg einen Jugendbeirat besitzt.

Am 26. April soll der Rat erneut über das Jugendparlament abstimmen und den Startschuss zur Umsetzung geben. Bis dahin soll die Verwaltung in enger Abstimmung mit den Jugendlichen und der AG Jugendparlament ein Konzept entwickeln. Ebenso sollen geeignete Räumlichkeiten in der Braunschweiger Innenstadt gefunden werden, in denen das Jugendparlament und das Jugendbüro untergebracht werden sollen.